

Gerichten, das ein freiwilliges Erscheinen der Beteiligten voraussetzt.

Ist dem gesellschaftlichen Gericht ein Vergehen übergeben worden, das nur, auf Antrag verfolgt wird (§2 StGB), kann der Geschädigte den *Strafantrag* bis zum Schluß der Beratung *zurücknehmen*. In diesem Falle wird die weitere Behandlung der Sache durch Beschluß eingestellt (§ 30 Abs. 2 KKO, § 28 Abs. 2 SchKO). Ist in der Übergabeentscheidung erklärt worden, daß die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse erfolgt, darf sie wegen der Rücknahme des Strafantrages nicht eingestellt werden.

Zur Erhöhung der Wirksamkeit ihrer Strafrechtsprechung können die gesellschaftlichen Gerichte im Ergebnis einer Beratung *Empfehlungen* geben (§ 21 GGG, § 29 Abs. 4 StGB). In den Empfehlungen wird auf festgestellte Ursachen und Bedingungen der Straftat und auf Ungesetzlichkeiten, die mit dem Vergehen im Zusammenhang stehen, hingewiesen. Soweit es dem gesellschaftlichen Gericht möglich ist, unterbreitet es Vorschläge zur Beseitigung der festgestellten Mängel.

Die Empfehlungen werden an die Leiter der Betriebe, der staatlichen Organe und Einrichtungen, die Vorstände der Genossenschaften und die Leitungen der gesellschaftlichen Organisationen gegeben (§29 Abs. 4 StGB). Sie sind denjenigen Leitern bzw. Leitungen zu übermitteln, in deren Verantwortungsbereich die gerügten Mängel bzw. Gesetzesverletzungen aufgetreten sind. Sie können in der gleichen Sache auch an verschiedene Leiter bzw. Leitungen gerichtet werden.

Die Empfehlung begründet für den Empfänger die Verpflichtung, innerhalb von zwei Wochen dazu Stellung zu nehmen (§ 21 Abs. 2 GGG, §29 Abs. 4 StGB). Er hat schriftlich mitzuteilen, was auf Grund der Empfehlung veranlaßt worden ist oder aus welchen Gründen ihr nicht gefolgt werden kann.

Die gesellschaftlichen Gerichte haben das Recht, die Verwirklichung der Empfehlungen zu kontrollieren. Sie arbeiten dabei mit den Leitern, leitenden Mitarbeitern *und* den Gewerkschaftsleitungen der Betriebe sowie den örtlichen Staatsorganen zusammen. Betriebsleiter, leitende Mitarbeiter und be-

triebliche Gewerkschaftsleitungen haben in Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen über die Verwirklichung der Empfehlungen zu berichten (§17 Abs. 2 KKO).

Verletzt der Empfänger der Empfehlung die Verpflichtung oder wird einer Empfehlung unbegründet nicht entsprochen, hat das gesellschaftliche Gericht das Recht, den übergeordneten Leiter bzw. das übergeordnete Organ darüber zu unterrichten und zu fordern, daß die Verpflichteten zur Empfehlung Stellung nehmen. Bleiben wegen der Nichtbeachtung der Empfehlung Ungesetzlichkeiten bestehen, verständigt das gesellschaftliche Gericht den Staatsanwalt des Kreises (§ 16 Abs. 4 KKO, § 16 Abs. 5 SchKO).

10.4.

Die Verwirklichung der Erziehungsmaßnahmen

Die Erziehungsmaßnahmen werden in der Mehrzahl der Fälle von den Bürgern, denen sie auferlegt wurden, *freiwillig* befolgt. Die Arbeitskollektive und anderen gesellschaftlichen Kräfte nehmen oftmals auf ihre Verwirklichung Einfluß und üben die Kontrolle darüber aus. Falls es erforderlich ist, setzen sie sich mit dem Rechtsverletzer kritisch auseinander und halten ihn zur Erfüllung seiner Verpflichtungen an.

Kommt ein Bürger Verpflichtungen aus Erziehungsmaßnahmen nicht nach, kann das gesellschaftliche Gericht *erneut beraten* (§15 Abs. 5 KKO, § 15 Abs. 5 SchKO). Das trifft z. B. zu, wenn ein Bürger seine Verpflichtung zur Entschuldigung oder öffentlichen Zurücknahme einer Beleidigung oder Verleumdung nicht erfüllt. Das Gericht kann eine andere geeignete Erziehungsmaßnahme festlegen.

Wird die Verpflichtung zur Zahlung einer Geldbuße oder zufti Ersatz des Schadens nicht erfüllt, kann der Beschluß des gesellschaftlichen Gerichts vom Kreisgericht für *vollstreckbar erklärt* werden. Die Vollstreckbarkeit kann der Anspruchsberechtigte und — hinsichtlich der Geldbuße — der zuständige Rat der Stadt, des Stadtbezirks oder der Gemeinde beantragen (§ 58 Abs. 2 KKO, § 54 Abs. 2 SchKO).